Thüringer Landtag
6. Wahlperiode

Drucksache 6/1406
09.12.2015

Antrag

der Fraktion der CDU

Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen - Arbeitsplätze im Werra-Kalirevier sichern

I. Der Landtag bittet die Landesregierung, über die Auswirkungen der ausgelaufenen Versenkerlaubnis für das Unternehmen K+S auf die Werraregion zu berichten. Insbesondere soll darauf eingegangen werden, welche kurz- und langfristigen Folgen auf das Unternehmen, die Arbeitsplätze und die Region insgesamt erwartet werden, falls weder eine Übergangslösung noch eine endgültige Lösung für die weitere Kaliproduktion gefunden werden sollten. Des Weiteren soll die Landesregierung darauf eingehen, ob und welche Maßnahmen und Entscheidungen sie bzw. Thüringer Behörden getroffen haben und treffen wollen, die auf die derzeitige Situation bzw. Entwicklung Einfluss nehmen.

II. Der Landtag stellt fest, dass der Kalibergbau im Werrarevier enorme wirtschaftliche Bedeutung hat und vielen tausend Menschen Arbeitsplätze bietet. Das Unternehmen K+S trägt wesentlich zur Wertschöpfung in der Region bei. Die Kaliproduktion ist für die gesamte Region unerlässlich - sie im Einklang mit dem Schutz des Wassers und der Umwelt zu erhalten, hat für den Landtag höchste Priorität. Ziel des Landtags ist daher die langfristige Sicherung des Standortes und der Arbeitsplätze im Einklang und im Ausgleich mit den Belangen des Umwelt- und Gewässerschutzes.

III. Der Landtag erwartet von dem Unternehmen K+S ein tragfähiges Gesamtkonzept zur langfristigen und dauerhaften Lösung der Salzabwasserproblematik im Werrarevier. Die rechtssichere Umsetzung des Vier-Phasen-Plans ist weiterhin anzustreben. Der Landtag erwartet von dem Unternehmen, alle rechtlich, technisch und betriebswirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen für die weitere Verringerung der Salzabwasserbelastung zu ergreifen. Der Landtag sagt dem Unternehmen und der Landesregierung seine Unterstützung zu, tragfähige und realisierbare Lösungen für eine umweltverträgliche Kaliproduktion zu finden.

IV. Der Landtag fordert die Landesregierung zu intensivem Bemühen auf, im Dialog mit dem Unternehmen eine rechtssichere Übergangslösung bis zur endgültigen Entscheidung über den Versenkantrag zu finden, damit das Unternehmen K+S als einer der größten Arbeitgeber im Werrarevier nicht dauerhaft beschädigt wird und die Beschäftigten eine sichere und langfristige Perspektive bekommen. Eine solche Übergangsregelung muss selbstverständlich den rechtlichen Grundlagen zum Schutz des Wassers Genüge tun, soll die Produktion im

Druck: Thüringer Landtag, 10. Dezember 2015

Kalirevier möglichst weitgehend ermöglichen und Einschränkungen der Arbeitnehmer so weit wie möglich minimieren. Der Landtag unterstützt den Thüringer Wirtschaftsminister bei seiner Forderung, wonach eine Übergangslösung nur darin bestehen könne, dem Unternehmen eine mindestens sechsmonatige vorläufige Genehmigung zur weiteren Salzwasserversenkung im bisherigen Umfang zu erteilen. Der Landtag erwartet diesbezüglich eine klare Rückendeckung des Ministerpräsidenten für seinen Wirtschaftsminister.

V. Der Landtag begrüßt, dass sich die Mitglieder der Flussgebietsgemeinschaft Weser auf den sogenannten "Masterplan Salzreduzierung", der auf dem optimierten Vier-Phasen-Plan beruht, geeinigt haben. Dies ist eine gute Grundlage, gegenüber der EU-Kommission in großem Einvernehmen deutlich zu machen, mit welchen Maßnahmen ein Ausgleich zwischen den Interessen der Ökonomie und der Ökologie in der Flussgebietsgemeinschaft erreicht werden kann.

VI. Der Landtag nimmt positiv zur Kenntnis, dass das Regierungspräsidium Kassel als Genehmigungsbehörde den vorliegenden Antrag des Unternehmens K+S sorgfältig auf seine Genehmigungsfähigkeit prüft. Er fordert das Unternehmen auf, der Genehmigungsbehörde alle zu dieser Prüfung notwendigen Informationen und Unterlagen unverzüglich verfügbar zu machen. Besonders im Sinne der Arbeitnehmer sind alle Beteiligten angehalten, so schnell wie möglich zu einem Ergebnis zu kommen, welches die vorgenannten Ziele unterstützt und dem Unternehmen auf Basis eines optimierten Vier-Phasen-Plans eine langfristige Perspektive zur Sicherstellung der Kaliproduktion im Werrarevier und Planungssicherheit bietet.

Begründung:

Die Zukunft des Werrareviers ist in ernsthafter Gefahr, wenn die Behörden und das Beharren auf politischen Positionen einen Interessenausgleich zwischen dem Schutz von Mensch und Natur und den Belangen der 4.400 Arbeitnehmer der Region blockieren.
Die Versenkung der Kali-Abwässer kann ganz sicher keine Dauerlösung sein, doch die mehr als 4.000 Mitarbeiter aus dem Werrarevier können zu Recht von einer Landesregierung Engagement für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze verlangen.
Solidaritätsbekundungen reichen dazu nicht aus. Es bedarf Entscheidungen mit Augenmaß, damit das Unternehmen Kali und Salz als einer der größten Arbeitgeber im Werrarevier nicht in Gefahr gerät. Es muss unbedingt vermieden werden, dass eine strukturschwache Region, die seit Jahrzehnten vom Kali-Bergbau geprägt ist, ihren Niedergang erlebt. Landtag und Landesregierung sind in der Pflicht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine langfristige Perspektive für das Unternehmen aufzuzeigen bzw. zu unterstützen, die Umwelt- und Beschäftigungsbelange gleichermaßen berücksichtigt. Der Weg dorthin muss mit klaren und verbindlichen Maßnahmen und Schritten untersetzt werden. Nicht zuletzt gilt es, Solidarität mit den Arbeitnehmern von Kali und Salz zu zeigen und die Diskussionen um die Umweltverträglichkeit der Kaliproduktion nicht auf den Rücken der Beschäftigten auszutragen.

Für die Fraktion:

Mohring